

Zentralisierungspolitik von SPÖ und ÖVP brachte nichts!

Der „große politische Wurf“ der rot-schwarzen steirischen „Reformpartnerschaft“ erweist sich als heiße Luft. „Der Landesrechnungshof konnte bei der Zusammenlegung der Bezirkshauptmannschaften keine Einsparungen entdecken“, kritisierte FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann.

S. 13



Foto: FPÖ Steiermark

Österreich vertraut dieser Regierung!

Die Bürger sind demokratischer und patriotischer als die Medien wahrhaben wollen S. 2/3



UNO-Migrationspakt öffnet Tür für Masseneinwanderung!

UNO will ein „Menschenrecht auf Migration“ etablieren – S. 4/5

PARLAMENT

Aus für Asylindustrie

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl will die umstrittene Arbeit der Nichtregierungsorganisationen (Caritas, Diakonie, etc.) in diesem Bereich in Bundeskompetenz zurückholen. Eine Bundesagentur soll die Asylwerber von Anfang an betreuen und beraten.

S. 6

AUSSENPOLITIK

E-Mobilitäts-Wahnsinn

Mit VW-Chef Herbert Diess hat sich der erste deutsche Autobauer gegen die Verteufelung der Verbrennungsmotoren zur Wehr gesetzt. Mit der Hysterie um die E-Mobilität bedrohe die Politik aus Berlin und Brüssel die Existenz der deutschen Industrie.

S. 8/9

WIEN

Alltägliche Gewalt

Erstmals haben Polizei und Bildungsministerium die Anzeigen an Österreichs Schulen veröffentlicht. Spitzenreiter in dieser Gewalt-Statistik ist einmal mehr die Bundeshauptstadt Wien. Im vorigen Schuljahr wurden 258 Gewaltdelikte an Wiens Schulen angezeigt.

S. 11

IN EIGENER SACHE

Liebe Leser!
Die nächste Ausgabe der „Neuen Freien Zeitung“ erscheint wegen der Feiertage (Allerheiligen, Allerseele) erst am 8. November 2018.



AUS DER
REDAKTION

Andreas Ruttinger
andreas.ruttinger@fpoe.at

Dass der UNO-Migrationspakt zustande kommt, wünschen sich vor allem ein paar Herrschaften in Asien und Afrika.

Etwa Afghanistans Arbeitsminister Faizullah Zaki Ibrahimi, der gerne ein paar der jährlich 400.000 bis 500.000 auf den Arbeitsmarkt drängenden Landsleute als „junge, qualifizierte Arbeitskräfte“ nach Europa schicken möchte. Wie natürlich auch Afrikas korrupte Autokraten, die über die „Hilfe vor Ort“ auch noch ihre Auslandskonten auffüllen könnten.

Buntheit über alles?

Es werden dann wohl Bilder über die TV-Kanäle laufen wie gerade jene aus Mexiko, wo sich derzeit 7.000 Mittelamerikaner einen Weg in die USA bahnen.

Freuen wird das in Österreich die Anhänger der „bunten Gesellschaft“, also SPÖ, Grüne und Neos. Deren Chefin beschwor in der letzten TV-„Pressestunde“ die grenzenlose „Diversität“ – fürs Volk, aber nicht für sie: Ihre Kinder hat sie – wie Obergenossin Rendi-Wagner – vorsorglich in einer weniger „bunten“ Privatschule untergebracht.

Die FPÖ lehnt diese de facto Einwanderungsverpflichtung ab. Die ÖVP sollte es, wenn sie Wahl- und Regierungsprogramm ernst nimmt, auch tun. Für den Fall, dass der linke Flügel – angeführt von der altschwarzen Westachse – den Österreichern doch den Migrationspakt aufdrücken will, wird es wohl mit der Zufriedenheit im Lande vorbei sein.

71 Prozent sind das derzeit, der höchste ermittelte Wert. Und liebe Lesben-Schwulen-Irgendwiesexuellen-Gleichsteller, die „normale Familie“ ist für 87 Prozent der Bürger wichtigster Lebensbereich.

Diese Regierung trifft den

„Grundwertestudie“ zeigt, dass das Regierungsprogramm den Wünschen

Die Österreicher haben von der Politik ein bedeutend positiveres Bild als noch vor zehn Jahren, die Demokratie genießt höchste Zustimmungsraten und die Zufriedenheit mit der Bundesregierung ist gestiegen. Auch, weil diese Regierung die Sorgen der Österreicher zu Sicherheit und Einwanderung endlich ernst nimmt.

Das offizielle Österreich feiert das hundertjährige Bestehen der Republik, und die Universität Wien untermauert mit ihrer aktuellen „Europäischen Wertestudie“ die stabile Entwicklung des Landes: Die Demokratie wird von 96 Prozent der Österreicher als sehr gutes oder gutes politisches System für das Land eingeschätzt.

Einen großen Anteil an dieser positiven Stimmungslage hat auch die neue Bundesregierung. Die von ihr ausgerufene und engagiert angegangene politische Wende kommt bei den Österreichern sehr gut an.

Regierung hui, Medien pfui

Während sich die Bürger in der Umfrage 2008 von der Politik noch schwer enttäuscht zeigten, gibt es 2018 ein deutlich positiveres Bild. 56 Prozent der Bevölkerung sind jetzt zufrieden damit, wie das politische System in Österreich derzeit funktioniert, nur 20 Prozent sind unzufrieden.

Der Regierung vertrauen in der aktuellen Erhebung 42 Prozent, während 2008 gerade einmal 17 Prozent der Politik der damaligen „großen Koalition“ etwas Positives abgewinnen konnten.

Völlig konträr jedoch das Vertrauen der Österreicher in das eta-

blierte Presse- und Zeitungswesen. Deren ramponiertes Image hat nach 35 Prozent 2008 noch weiter an Ansehen verloren. In der Ära der ungefilterten Information über die sozialen Medien vertrauen nur noch 30 Prozent Zeitungen, Magazinen sowie Rundfunk und Fernsehen.

Eine Ursache dafür ist wohl auch die unterschiedliche Wahrnehmung und Interpretation des Alltags durch Journalisten und dem „gemeinen Volk“. Der von den Medien derzeit geradezu hysterisch antizipierte Rechtsrutsch bei den Landsleuten mit dem Hang zu einem „starken Führer“ erweist sich laut der Studie als Chimäre. Nur noch 16 Prozent halten dieses autokratische Konzept für gut, 2008 waren es hingegen noch 24 Prozent.

Problemfeld Einwanderung

Diese Diskrepanz zwischen veröffentlichter Meinung und der Wahrnehmung der Bürger zeigt sich auch bei einem anderen, bei der Nationalratswahl 2017 entscheidenden Thema, der Einwanderung und deren Folgen. Das hat wohl auch zu diesem Vertrauensverlust in die Medien – und dem Vertrauenszuwachs in die neue Bundesregierung – beigetragen.



Über Bürgernähe zu bürgernaher Politik
on ihren Stempel aufgedrückt. Die Öst

Fast drei Viertel der Österreicher sind nämlich überzeugt davon, dass die Einwanderung unser Sozialsystem belastet und die Kriminalitätsprobleme in den letzten Jahren verschärft hat.

Wegen dieser Einwanderung in das Sozialsystem glaubt auch nur noch ein Drittel, dass Einwanderer den Österreichern Arbeitsplätze wegnehmen. Vor zehn Jahren, als es um die Arbeitsmarkttöffnung für die osteuropäischen EU-Mitglieder ging, war es noch rund die Hälfte. Und auch hier haben die Bürger mehr Sinn für die Realität bewie-



SPITZE FEDER Kärntens rote Kaiser-Dynastie.

IMPRESSUM

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) –
Die Freiheitlichen, Bundesparteileitung,
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien;
Freiheitlicher Parlamentsklub,
Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien

Geschäftsführung: Ing. Mag. Joachim Stampfer
Geschäftsführung, Redaktion, Verwaltung:
Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
Tel.: 01 512 35 35 0, Fax: 01 512 35 35 9

E-Mail Redaktion: redaktion.nfz@fpoe.at
E-Mail Verwaltung: jana.feilmayr@fpoe.at
Abo-Anfrage: 01 512 35 35 29

Druck: Mediaprint Zeitungsdruckereigesellschaft m. b. H. & Co. Kommanditgesellschaft, Wien

Die NFZ erscheint wöchentlich. Einzelpreis: € 0,80;
Bezugsgebühr halbes Jahr: € 15 (inkl. 10 % MwSt.);
Auslandsjahresbezug: € 73

BIC: OPSKATWW
IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450
Es gilt NFZ-Anzeigenpreisliste Nr. 16.

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Grundlegende Richtung: Informationsblatt der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) – Die Freiheitlichen und des Freiheitlichen Parlamentsklubs.

Nerv der Bürger

der Österreicher voll und ganz entspricht



ik: HC Strache und die FPÖ haben dem Regierungsprogramm der Koalition
österreicher sind mit dieser Regierung zufrieden wie schon lange nicht mehr.

sen, als die EU-freudigen Medien, wie die Arbeitsmarktdaten der letzten Jahre bestätigen.

Integration statt Diversität

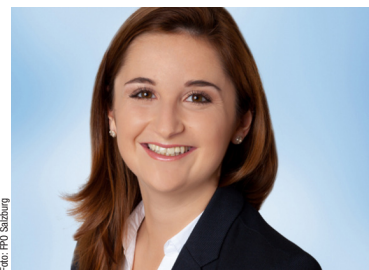
Verstärkt hat sich durch die Folgen der – großteils unkontrollierten – Einwanderung der letzten Jahre der Wunsch der Österreicher, dass Einwanderer ihre Bräuche und Traditionen nicht beibehalten, sondern sich den österreichischen anpassen sollten. Das wollen aktuell 45 Prozent der Österreicher.

Sie wollen vor allem, dass Einwanderer die Sprache lernen sowie

unsere Institutionen und Gesetze mehr respektieren. Also Integration statt Multikulti oder „Diversität“, wie das aktuelle Schlagwort für eine „bunte Gesellschaft“ lautet.

Diese von der Einwanderung verursachten gesellschaftlichen Veränderungen haben auch das Vertrauen in einige Institutionen gestärkt. Allen voran in die heimische Exekutive, der jetzt 87 Prozent der Österreicher wieder vertrauen, nach nur 68 Prozent vor zehn Jahren. Auf fast ebenso hohe Zustimmungswerte kommen das Gesundheitswesen und das Sozialsystem.

AUFSTEIGER



Salzburgs FPÖ-Landesparteiobfrau **Marlene Svazek** die bei der Kandidatenwahl für das Bürgermeisteramt in Hallein auf Qualifikation und Erfahrung setzte. So wird nicht der FPÖ-Ortsparteiobfrau, sondern dessen Vater für das Amt kandidieren.

ABSTEIGER



Kärntens Landeshauptmann und SPÖ-Chef **Peter Kaiser**, der als Krönung des roten Postenschachers der letzten Jahre seinen in Laibach studierenden Sohn auf einen sicheren Listenplatz für die EU-Wahl 2018 hieven wollte.

KURZ UND BÜNDIG



Fairness für Behinderte

Die Behindertenorganisationen werden in die Erarbeitung des Einführungslasses für die erhöhte Familienbeihilfe eingebunden werden, erklärte FPÖ-Abgeordnete Petra Wagner (Bild) nach einer Aussprache des Familienausschusses mit den Behindertenorganisationen. „Damit wird das gemeinsame Ziel sichergestellt, dass alle Menschen mit Behinderung, die bisher einen Eigenanspruch hatten, die erhöhte Familienbeihilfe auch weiterhin beziehen, ohne dass Einzelfälle dieses gemeinsame Ziel gefährden“, stellte Wagner klar.

Einheitliche Regelung

Die für den Tierschutz zuständige Sozialministerin Beate Hartinger-Klein (Bild) zeigte sich nach der ersten Sitzung des von ihr initiierten „Hunde-Gipfels“ zufrieden. Inhalt war die Angleichung der unterschiedlichen Regelungen in den Ländern hinsichtlich einer Beißkorb-Pflicht für Listenhunde nach mehreren Hundeattacken auf Kinder in den letzten Wochen. Ihr bevorzugtes Modell puncto Beißkorbpflicht und Ausbildung für Hundehalter nannte die FPÖ-Ministerin die Regelungen in der Steiermark und Oberösterreich.



Kompetenzbereinigung

Mit dem vergangene Woche im Ministerrat beschlossenen „Kompetenzbereinigungs-Paket“ sollen einige Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern neu geordnet werden. Neun von zwölf in der Bundesverfassung definierten Kompetenzformen werden neu geregelt, darunter etwa die Kinder- und Jugendhilfe, die „Volkspflegestätten“, die Regelungen über Thermalwasser („natürliche Heilvorkommen“) oder der Bereich „Bodenreform“, die zu den Ländern wandern. Vizekanzler HC Strache betonte, dass es erstmals in diesem Bereich gelungen sei, eine konkrete strukturelle Reform anzustoßen.



BILD DER WOCHE Premiere für HC Strache: Erste Beamtengesellschaftsrunde mit Finanzminister Lögner (r.) und Gewerkschafter Schnedl.

UNO will Menschenrecht auf Migration einführen

Der Name ist Programm: Mit dem „Globalen Pakt über sichere, geordnete und planmäßige Migration“ möchte die UNO die Migration „lenken“. Nur wird sie damit die Migration befeuern, indem sie de facto ein Menschenrecht auf Einwanderung (nach Europa) postuliert.

4. Flüchtlinge und Migranten haben Anspruch auf die gleichen universellen Menschenrechte und Grundfreiheiten, die jederzeit geschützt, gesichert und erfüllt werden müssen. (...) Dieser globale Pakt bezieht sich auf Migranten und stellt einen kooperativen Rahmen dar, der sich mit Migration in all ihren Dimensionen befasst.

8. Dieser globale Pakt drückt unser gemeinsames Engagement für eine verbesserte Zusammenarbeit bei der internationalen Migration aus. Migration war im Laufe der Geschichte Teil der menschlichen Erfahrung, und wir sind uns bewusst, dass sie eine Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung in unserer globalisierten Welt ist und dass diese positiven Auswirkungen durch eine verbesserte Migrationspolitik optimiert werden können (...)

13. Dieser globale Pakt erkennt an, dass eine sichere, geordnete und regelmäßige Migration für alle funktioniert, wenn sie in einer gut informierten, geplanten und einvernehmlichen Weise erfolgt. (...) Um dies zu erreichen, verpflichten wir uns, eine sichere, geordnete und regelmäßige Migration zum Wohle aller zu erleichtern und zu gewährleisten.

Von besonderer Bedeutung ist die Tatsache, dass das Abkommen den Begriff der „illegalen Migration“ und infolge dessen den Begriff des strafbaren Grenzübertretts und Aufenthalts auf einem Staatsgebiet nicht mehr kennt. Die vom Migrationspakt verwendeten Unterscheidungsmerkmale sind „geregelt“ und „ungeregelt“. Das unterstellt, dass es nur noch um zwei verwaltungstechnische Varianten rechtmäßiger Migration geht. Das hat freilich bei den vorgesehenen Vorschriften zur Behandlung der „ungeregelten“ Migration zur Folge, dass das Hauptbestreben des Paktes die Umwandlung der ungeregelten in geregelte Migration, und keineswegs deren Verhinderung oder gar strafrechtliche Verfolgung ist.

Naturkatastrophen oder andere Katastrophen sollen nicht nur zu Flucht, sondern auch zu regulärer Migration berechtigen. Besonders gefährlich für die europäischen Zielländer wird es, wenn auch „sich langsam entwickelnde“ Naturereignisse wie die „globale Erwärmung“, Dürren oder Bodenerosion als Grund für das Recht auf Migration anerkannt werden müssen.

Wenn die Migration – auf welchem Wege auch immer – erfolgt ist, beginnen die teuren Verpflichtungen für die europäischen Sozialstaaten: Wir müssen die Migranten befähigen, gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaften zu werden, ihre positiven Beiträge hervorheben, ihre Inklusion und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften stärken.

Nun wird behauptet, das Dokument des Globalen Paktes sei juristisch nicht bindend, und deshalb könne man es ruhig unterzeichnen. Nur: Die Europäische Union hat bereits Zustimmung signalisiert, also können die Verpflichtungen des Paktes in das EU-Recht ohne lästige nationale Abstimmungen übernommen und dann in den Mitgliedsländern einfach durch die Übernahme der wichtigen Bestimmungen des EU-Rechts in Gesetze gegossen werden, ohne die nationalen Parlamente – und damit die Öffentlichkeit – überhaupt einschalten zu müssen. Und die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes im Falle der Klage eines Mitgliedsstaates stehen damit auch schon fest.

Zum anderen würde sich mit dem Migrationspakt der Vereinten Nationen ein neues Betätigungsfeld für die NGOs auftun, wenn die Staaten der EU diese gesetzliche Variante des Merkel'schen „Wir schaffen das!“ beschließen. Anhand des Migrationspaktes kann jeder illegale Einwanderer vor europäischen Gerichten klagen. Und sind erst einmal genügend Präzedenzfälle geschaffen, werden alle vermeintlichen „Rechte“ zum Gewohnheitsrecht, ohne dass je ein Parlament darüber beraten hätte.



Foto: DM

Der UNO-Migrationspakt gibt vor, die Auswanderung von Afrika nach Europa zu erleichtern.

Der Pakt ist an Na

Die UNO will die illegale Einwanderung abschaffen

Im Dezember sollen die 193 Mitgliedsstaaten in der UNO-Vollversammlung in Marrakesch den „Globalen Pakt über sichere, geordnete und planmäßige Migration“ verabschieden. Das wäre der Startschuss für eine neue Völkerwanderung aus Asien und Afrika in Richtung Europa, befürchten immer mehr Regierungen.

Die USA – der größte Geldgeber der UNO – und Ungarn haben sich bereits im Juli aus den Verhandlungen verabschiedet. Der ungarische Außenminister Peter Szijarto nannte den Pakt „die schlechtestmögliche Antwort, die die UNO auf die Herausforderungen der Migration geben kann“.

Auch die Regierungen in Australien, Dänemark und in Polen sind auf Distanz zu dem Pakt gegangen. Er führe zu „illegaler Migration“ und es gebe keine „Sicherheitsgarantien für Polen“, sagte Innenminister Joachim Brudzinski.

Lobeshymne auf Migration

In der Schweiz stimmte der Bundesrat zwar dafür, doch die Staatspolitische Kommissionen (SPK) sprach sich dafür aus, dass auch die Zustimmung des Parlaments eingeholt werden muss. Und viele Schweizer Abgeordnete kritisierten, dass der Migrationspakt Migration „verherrliche“ und diese begünstigen, anstatt regeln wolle.

In die Kritiker des UNO-Migrationspaktes reihte sich auch die Bundesregierung ein. ÖVP und FPÖ seien sich „einig, den Pakt in der jetzigen Form nicht zu unterschreiben“, berichtete „Die Presse“. Bundeskanzler Sebastian Kurz bestätigte, dass man „einige Punkte sehr kritisch“ sehe: „Wir wollen alles tun, um die Souveränität des Landes aufrechtzuerhalten und sicherzustellen, dass wir in Migrationsfragen selbst entscheiden können.“

FPÖ für Selbstbestimmung

Auch FPÖ-Vizekanzler HC Strache wies darauf hin, dass der UN-Vorschlag einige Punkte enthalte, die im Widerspruch zum Regierungsprogramm stünden. „Wir wollen nicht, dass ein Menschenrecht auf Migration etabliert wird. Jedes Land muss die Migrationspolitik selber steuern können“, betonte HC Strache. Auch unverbindliche UN-Deklarationen, die der Regierungslinie inhaltlich widersprechen, seien deshalb abzulehnen.



Europa „regeln“ zu wollen, aber er wird sie mit seinem „Menschenrecht auf Migration“ nur noch mehr befeuern.

ivität kaum zu überbieten

en, indem sie diese als „Menschenrecht“ de facto legalisiert

Dezidiert ist hingegen die Ablehnung des Paktes durch Innenminister Herbert Kickl. Dieser kritisierte, dass in diesem Migrationspakt nicht „zwischen legaler und illegaler Migration“ unterschieden werde. „Aus meiner Sicht durchweht dieses ganze Papier eine unglaublich undifferenzierte, ich möchte fast sagen naive, positive Auffassung des Begriffs der Migration, Negatives wird völlig ausgeblendet“, erläuterte Kickl.

Einbahnregel Richtung Europa

Er wies darauf hin, dass das bisherige Hauptproblem der EU, die

verbindliche Rücknahme von Staatsbürgern durch die Herkunftsländer, etwa im Falle eines negativen Asylbescheids, in keiner Weise geregelt werde. Die Migration werde damit quasi als eine Einbahnstraße in Richtung Europa festgeschrieben.

„Wir müssen aufpassen, dass hier nicht ein Papier auf den Weg gebracht wird, das dann über Entscheidungen, über Gerichtsurteile, über die Argumentation diverser NGOs durch die Hintertür Eingang in unsere Rechtsordnung findet“, warnte der FPÖ-Innenminister.

Er erinnerte auch an das Schicksal ähnlicher internationaler „Ab-

kommen“, wo dann ein Unterzeichner plötzlich sagte: Ja, wir haben es zwar unterschrieben, aber wir sind nicht in der Lage das, was wir unterschrieben haben, auch umzusetzen.

Europas nächster Selbstbetrug

Dabei sei etwa an den europäischen Selbstbetrug bei den „universellen Menschenrechten“ erinnert, der in Ländern wie China, Nordkorea oder Kuba gänzlich anders definiert werde. Und die islamischen Staaten – der Hauptlieferant Europas von Migranten – haben in der Kairoer Erklärung 1990 festgeschrieben, dass das „Menschenrecht“ über die Scharia definiert ist.

„Diese Bundesregierung und ich als Innenminister sind angetreten, um in diesem Bereich Asyl und Einwanderung Ordnung zu machen. Ich wäre ein schlechter Innenminister, wenn ich jetzt etwas unterstützen würde, das uns durch die Hintertür genau diese Probleme wieder hereinbringt, indem man alles wieder miteinander vermenschet“, erklärte der Innenminister. Daher müsse man aufpassen, dass dieser Migrationspakt „nicht ein toxisches Papier“ für Österreich sei.



POLITIK
ANALYSIERT

Harald Stefan
FPÖ-Verfassungssprecher

Grundsätzlich muss festgehalten werden, dass der „Globale Migrationspakt“, der im Dezember in Marokko zur Annahme steht, eine rechtlich unverbindliche Absichtserklärung der UNO Mitgliedsstaaten ist.

Nicht annehmbar

Rechtlich unverbindlich heißt jedoch nicht rechtlich unerheblich, denn selbst wenn die Einhaltung der vereinbarten Ziele nicht geltend gemacht werden kann, entsteht unter Umständen aus diesem sogenannten „soft law“ Völkergewohnheitsrecht.

Die anfängliche Wirkungslosigkeit ist nur eine scheinbare, denn einerseits wird „soft law“ zur Auslegung von bestehendem Völkergewohnheitsrecht herangezogen, und andererseits findet das womöglich neu entstehende Völkergewohnheitsrecht Eingang in die Grundlagen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Europäischen Gerichtshofs.

Neben der rechtlichen Einordnung des UNO-Migrationspakts sind die inhaltliche Ausrichtung und einige der 23 konkreten Forderungen inakzeptabel. Schon der völlig undifferenzierte Migrationsbegriff, der keine Unterscheidung zwischen legaler und illegaler Migration vornimmt und noch dazu sämtliche negativen Erscheinungen, die mit Migration einhergehen, ausblendet, wird von uns abgelehnt.

Gerade die Forderungen „besserer Zugang für Migranten zur Grundversorgung im Zielland“ oder „Schaffung besserer Kanäle für reguläre Migration“ stehen exemplarisch für all jene weiteren Gründe, die es der Freiheitlichen Partei unmöglich macht, diesem Pakt die Zustimmung zu erteilen.



FPÖ will keine Zustimmung Österreichs zum Migrationspakt.



Norbert Nemeth
Klubdirektor der FPÖ

Die vergangene Woche stand im Zeichen zweier Sondersitzungen. Die Neos thematisierten die Grenzkontrollen, die Liste Pilz den Klimawandel.

Eigene Zeitabläufe

Dass die beiden nahezu gleichzeitig eine Sondersitzung beantragten, hat einen Konnex zur Geschäftsordnung. Die bestimmt, dass jeder Klub einmal pro Jahr eine Sondersitzung verlangen darf. Wer jetzt meint, dass Neos und Liste Pilz sich bis Ende Dezember Zeit hätten lassen können, um ihre Themen zu platzieren, der täuscht sich allerdings.

Denn im Parlament gibt es eine eigene Zeitrechnung, beziehungsweise mehrere Zeitrechnungen nebeneinander. Das Parlamentsjahr beginnt nicht am 1. Jänner, sondern am Tage der Konstituierung des Nationalrates. Das war in dieser Gesetzgebungsperiode der 9. November. Davon zu unterscheiden ist wiederum der Begriff der „Tagung“, die vom Bundespräsidenten verkündet und in der Regel von Mitte September bis Mitte Juli dauert.

Auch bei den kleineren Zeiteinheiten gibt es im Nationalrat Besonderheiten zu beachten. Hat die Stunde normalerweise 60 Minuten, so kann die „Wiener Stunde“ schon einmal 61 oder mehr Minuten aufweisen. Dies wird zwischen den Klubs vereinbart und teilt die Blockredezeit im Plenum auf die einzelnen Klubs auf, was vor allem den kleinen Klubs zugute kommt. Im Schnitt haben die pro Abgeordneten mehr Redezeit als ein Mitglied eines großen Klubs.

Statistiken, die ein Mitglied des Hohen Hauses als „redefaul“ anprangern, sind daher mit großer Vorsicht zu genießen.

EUROPAPOLITIK

Keine Beitrittsgespräche mit Türkei

Angesichts der aktuellen politischen Situation in der Türkei unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan ist es vergangene Woche im Außenpolitischen Ausschuss zu einem klaren Schulterschluss zwischen den fünf Parlamentsfraktionen gekommen: In einem gemeinsamen Antrag stärkt das Parlament damit der Regierung den Rücken, sich auch weiterhin gegen EU-Beitrittsgespräche mit dem Land am Bosphorus einzusetzen.



FINANZPOLITIK

Budgetziele im Plan

Im „Bericht des Finanzministeriums über die österreichische Haushaltsplanung 2019“ an den Finanzausschuss bekräftigt die Bundesregierung ihre Ziele zur Senkung der Schuldenquote bis Ende der Legislaturperiode auf 60 Prozent und die Steuer- und Abgabenquote auf 40 Prozent zu reduzieren.

Grenzkontrollen nur als Ablenkungsmanöver?

Opposition schmiedet in Sondersitzung Verschwörungstheorien

Die Opposition warf in der von den Neos beantragten Sondersitzung am vergangenen Freitag der Bundesregierung vor, mit den Grenzkontrollen von Problemen ablenken zu wollen.

Ganz andere Motive als das Sicherheitsinteresse ortete SPÖ-Integrationssprecherin Nurten Yilmaz bei der Koalition: „Um nicht über Eingriffe, Kürzungen und Streichungen zu reden, redet die Regierung lieber über vermeintliche Ausländerkriminalität, Schließung der Grenzen und Grenzeinsätze.“

„Zentrum der Humanität“

Besondere Kritik übt Yilmaz dabei natürlich an der menschenverachtenden Politik der FPÖ, zu der die SPÖ der Gegenpol sei, zumindest vor drei Jahren: „2015 waren



Roman Haider: Grenzkontrollen sind aufrecht zu erhalten.

Wien und Berlin Kommandozentralen der Humanität.“

Der FPÖ-Abgeordnete Roman Haider verteidigte die Fortsetzung der Grenzkontrollen wegen der

Entwicklung am Balkan: „200.000 Flüchtlinge warten am Balkan und in Italien auf eine Weiterreise nach Österreich, Deutschland und Schweden. Daher sind Grenzkontrollen wichtig!“

An die Ereignisse des Jahres 2015 erinnerte auch sein steirischer Parteikollege Josef Riemer. Mit den damaligen Flüchtlingen seien auch Kriminelle ins Land gekommen. Die neue Regierung stelle sicher, dass so etwas nicht wieder passiere und habe dazu auch breite Unterstützung in der Bevölkerung.

Die FPÖ-Abgeordnete Susanne Fürst führte den anhaltenden Flüchtlingsstrom nicht zuletzt auf den „arabischen Frühling“ zurück. Zum nunmehrigen Chaos in Libyen hätten auch die europäischen Länder ihren Beitrag geleistet.

CO₂-Produktion zum „Klimaschutz“

Um den Klimawandel ging es in der ersten Sondersitzung des Nationalrats am Mittwoch vergangener Woche, die von der Liste Pilz beantragt wurde. Deren Klubobmann Bruno Rossmann kritisierte die



„strukturierte Verantwortungslosigkeit“ der Regierung in Sachen Klimaschutz, die sich seiner Meinung nach auf „salbungsvolle Worte“ und „Symbolpolitik“ beschränke.

„Die Zusammenarbeit der beiden ausschlaggebenden Ministerien unter der Führung von Minister Norbert Hofer und der Ministerin Elisabeth Köstinger ist eine perfekte Symbiose für Österreichs Umweltschutz. Hier werden fachlich

begründete Lösungen geschaffen, fern von plakativer Effekthascherei wie hier von der Liste Pilz“, konterte der FPÖ-Umweltsprecher Walter Rauch (Bild).

Der Dringliche Antrag, in dem die Liste Pilz die Regierung auffordert, den EU-Ratsvorsitz zu nutzen und den Klimaschutz, etwa durch eine ökologische Steuerreform, „endlich aktiv anzupacken“, wurde im Plenum abgelehnt. Dafür wurden in der dreistündigen Sitzung von Abgeordneten, Journalisten und Besuchern rund 15 Kilogramm des Treibhausgases CO₂ produziert.

Eigene Bundesagentur für Asylbetreuung

Innenminister will Asylverfahren durch objektive und realistische Beratung beschleunigen

FPÖ-Innenminister Herbert Kickl will die Asylverfahren durch objektive und realistische Beratung beschleunigen und die teils umstrittene Arbeit der Nichtregierungsorganisationen (Caritas, Diakonie, etc.) in diesem Bereich in Bundeskompetenz zurückholen.

Der FPÖ-Innenminister will mit einer eigenen Bundesagentur für Asylbetreuung künftig eine „objektive Rechtsberatung“ für Asylwerber sicherstellen. Die geplante Agentur soll die Betreuung von Asylwerbern übernehmen, während sie im Asylverfahren sind und bis sie in die Betreuung der Länder übergeben oder in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür will man bis Jahresbeginn 2019 schaffen.

Es gehe ihm vor allem um eine einheitliche und effektive Rechtsberatung, die derzeit noch vielfach von NGOs betrieben wird, erklärte Kickl: „Da werden wir uns einiges an Verantwortung und Entscheidungskompetenz in den Bund

zurückholen. Das soll ja kein Geschäft sein.“

Objektive Beratung

Es werde in der Agentur eine „ehrliche Beratung“ dahingehend geben, dass man Asylwerbern ohne jede Chance auf einen positiven Asylbescheid von Anfang an sagen werde, dass sein Versuch, über das Asylgesetz in Österreich einzuwandern, sinnlos sei.

Die dann an einem Ort gebündelte Verfahrensführung und Betreuung sollen das gesamte Procedere beschleunigen, argumentierte Kickl. Auch Übersetzungs- und Dolmetschleistungen werden von der Agentur übernommen.

Das Bundesamt für Fremden- und Asylwesen bleibt weiter beste-



Foto: WZ

Kickl: Asylwerberbetreuung durch Bund statt durch Asylindustrie.

hen (künftig als Sektion V) und entscheidet die Verfahren. Es werden Betreuung und Asylverfahren aber enger verzahnt.

„Die von unserem Innenminister angekündigte Übernahme der Asylbetreuung durch den Bund ist eine

richtige Maßnahme, um im Asylbereich Ordnung zu schaffen und die Verfahren zu verkürzen. Das haben wir Freiheitlichen auch den Österreichern versprochen“, erklärte dazu der geschäftsführende FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus.

Saudi-Arabien erst wegen Kashoggi im EU-Blickfeld

Auf der Agenda des Außenpolitischen Ausschusses stand auch eine Aussprache zu aktuellen Fragen, wobei Ministerin Karin Kneissl zum Fall des verschwundenen saudischen Journalisten Jamal Kashoggi und des in der Türkei inhaftierten Österreicher Max Zirngast Stellung nahm.

Kneissl zeigte sich entsetzt über den Fall des Journalisten Jamal Kashoggi, der ihrer Meinung nach aber nur der „Gipfel des Horrors“ sei. Sie habe daher bereits letzte Woche eine gesamtumfassende Aufklärung in dieser Causa gefordert. „In den letzten zwei Jahren kam es zu einer massiven Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Saudi-Arabien, mittlerweile gibt es mehr als zehntausend politische Häftlinge“, zeigte die Ministerin weiter auf.

So wurden etwa Anfang Juni zahlreiche Frauen verhaftet, deren einziges Verbrechen die Teilnahme an Kongressen gewesen sei. Sie habe dieses Thema auch immer wieder bei ihren EU-Kollegen an-



Foto: imha

Kneissl: Härte gegenüber Saudis.

gesprochen, aber bezüglich einer gemeinsamen Vorgangsweise auf Granit gebissen, gestand Kneissl, die aber jetzt – durch den „Fall Kashoggi“ – ein Umdenken bei den Außenministerkollegen bemerkt habe. Kneissl vermutete, dass es wohl zur Bereinigung der internationalen Affäre ein „Bauernopfer“ im Königreich Saudi-Arabien geben werde.

Wenig Neues konnte die Außenministerin bezüglich des in der Türkei inhaftierten Österreicher Max Zirngast berichten. Er sitze noch immer in Untersuchungshaft und werde intensiv von der Botschaft in Ankara betreut.

Gedenken an Gründung der Republik 1918



Foto: Parlamentarische Delegation, Thomas Inge

In einer Festsitzung im Festsaal des niederösterreichischen Landhauses in der Wiener Herrengasse gedachte der Nationalrat zur Gründung der Republik 1918 in diesem Sitzungsraum.

FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz unterstrich die historische Bedeutung des Ortes: Seit dem 16. Jahrhundert hätten hier politische Beratungen stattgefunden, und bei der Revolution 1848 habe er eine Rolle gespielt.

Er erinnerte daran, dass der

Bauernführer Hans Kudlich vor diesem Gebäude mit einem kaiserlichen Bajonett erstochen worden sei.

Rosenkranz hob den „gemeinsamen Geist“ hervor, der von Sozialdemokraten wie Christlich-Sozialen und Deutschnationalen im niederösterreichischen Landhaus ausgegangen sei. „Sie alle wirkten der Sache untergeordnet“, betonte Rosenkranz, wie dann auch bei der Wiedergründung der Republik 1945.



FÜR ÖSTERREICH IM EU-PARLAMENT



Harald Vilimsky

Afrika, die demographische Zeitbombe

Was in Afrika bevorsteht, wird Europa noch gewaltige Probleme bereiten: Der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA) hat in seinem jüngsten Bericht festgestellt, dass sich das Bevölkerungswachstum auf allen Kontinenten abschwächt – nur nicht in Afrika. Dort wird bis 2050 über die Hälfte des weltweiten Bevölkerungswachstums stattfinden – womit Afrika dann seinen Anteil an der Weltbevölkerung von 17 auf 25 Prozent steigern wird. Dann werden dort 2,5 Milliarden Menschen leben – doppelt so viel wie heute.

Das Wirtschaftswachstum kann damit nicht Schritt halten. Um diesen gewaltige Zuwachs an Menschen verkraften zu können, müssten in Afrika bis 2050 rund 55.000 Arbeitsplätze geschaffen werden – pro Tag! So heißt es in einem aktuellen Bericht der UNCTAD. Wenn immer von Fluchtursachen die Rede ist, dann ist die – hausgemachte – Geburtenrate wohl der Hauptgrund. Verhütung ist in großen Teilen der afrikanischen Gesellschaften tabuisiert.

Man kann sich ausmalen, was das für Europa bedeutet: Der Migrationsdruck wird wachsen und ein Ausmaß erreichen, gegen das sich die „Flüchtlingskrise“ von 2015/16 wie ein sanftes Vorspiel ausnehmen wird. Deshalb muss die EU jetzt alles unternehmen, um einen Massenzustrom aus Afrika zu verhindern. Das ist ein langfristiges Unterfangen und hat nichts damit zu tun, dass die aktuellen Migrationszahlen im Vergleich zu 2015 zurückgehen.

IPCC demoliert seine eigene Glaubwürdigkeit

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) weiß genau, dass eine Halbierung der CO₂-Emissionen innerhalb der nächsten zwölf Jahren unmöglich, ökonomisch unbezahlbar und klimatisch unnötig ist. Dennoch stellt er in seinem jüngsten Bericht diese Forderung auf, garniert mit Untergangsszenarien für Menschen und Tierwelt.

Wenn das vermieden werden soll, müssten laut IPCC die Gesamt-CO₂-Emissionen vom Niveau des Jahres 2010 bis zum Jahr 2030 um 45 Prozent abnehmen. Allein die erforderlichen Investitionen in Sachen Energie würden sich laut IPCC-Berechnung auf 2,1 Billionen Euro, also 2.100 Milliarden Euro pro Jahr (!) belaufen.

China und Indien haben bereits klargestellt, dass eine Beteiligung an Emissions-Reduktionen erst nach 2030 in Frage komme. Bis dahin wird China sein Emissionsniveau um 50 bis 100 Prozent steigern, Indien seine Emissionen im

Zeitraum 2030 sogar verdreifachen, prognostiziert die Internationale Energieagentur.

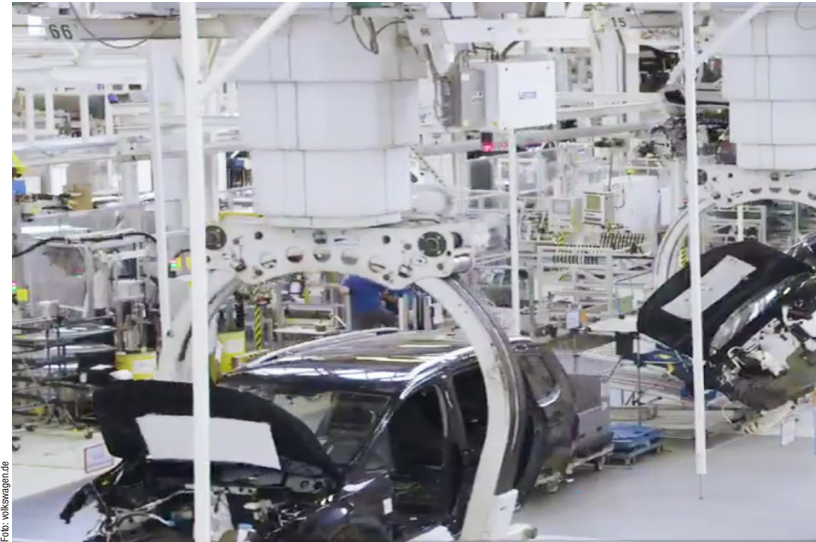
Sollten Indien und China im Jahre 2030 dann 23,31 Gigatonnen Kohlendioxid freisetzen, das wären 65 Prozent der jetzigen Gesamt-Emissionen, ist das vom IPCC vorgegebene Ziel einer globalen Reduktion um 45 Prozent unmöglich – selbst wenn alle anderen 195 Unterzeichner der UN-Klimarahmenkonvention alle ihre CO₂-Emissionen bis 2030 eliminieren könnten.



IPCC: Unmögliche Forderungen.

Die Hysterie um die Umweltgrenzt bereits an Völlerei

Erstmals rechnet ein deutscher Autobauer mit der



800.000 Beschäftigte direkt in der Autoproduktion – hier bei VW in Wolfsburg. Abständen geforderten Reduktion der Grenzwerte, die technisch kaum noch

Herbert Diess hat bisher gute Miene zum Spiel der Politik mit der deutschen Autoindustrie gemacht. Nach der jüngsten Verschreibung der CO₂-Reduktion ist dem Chef des weltgrößten Autobauers VW der Kragen geplatzt. Er warnt erstmals eindringlich vor den Folgen dieser „existenzbedrohenden Politik“ in Berlin und Brüssel.

Gegen die Dauerprügel für die deutsche Autoindustrie und die abgehobene Grenzwerthöhung durch Brüssel und Berlin erhob vergangene Woche VW-Chef Herbert Diess erstmals das Wort. „Aus heutiger Sicht stehen die Chancen vielleicht bei 50:50, dass die deutsche Automobilindustrie in zehn Jahren noch zur Weltspitze gehört“, sagte Diess in einer Rede in Wolfsburg zur Lage einer Schlüsselbranche Deutschlands.

Der Chef des größten Autoherstellers der Welt zählt die wirtschaftlichen Herausforderungen für die deutschen Autobauer auf, die sich anhand der weltweit politischen Instabilität auftun, ehe er die Politik in die Verantwortung zog: „Als wäre dies alles nicht schon herausfordernd genug, üben sich Regulatoren in bisher unbekannter Hast darin, unserer Branche neue Technikvorgaben zu machen.“

Existenzprobleme für Industrie

Konkret kritisierte er die neuen, weltweit strengsten CO₂-Richtlinien für Autos aus Brüssel und

die „beinahe hysterische Stickoxid-Diskussion“ um wenige Problemzonen in deutschen Städten: „Dieser Feldzug gegen die individuelle Mobilität und damit gegen das Auto nimmt existenzbedrohende Ausmaße an“ – auch im Hinblick auf die mehr als 800.000 Beschäftigten in der Branche.

Zur Erfüllung dieser CO₂-Abgas-



VW-Chef Herbert Diess revoltierte gegen die Politik und warnt vor den

Die E-Mobilität Wahnsinn!

n politischen Vorgaben für die Industrie ab



rg – zittern um ihre Jobs angesichts der von der Politik in immer kürzeren
h machbar sind. Deutschlands Vorzeigefabrik bangt ums Überleben.

werte bis 2030 müsste bei Benzin- wie bei Dieselmotoren nämlich der Verbrauch auf ein bis zwei Liter pro 100 Kilometer reduziert werden. Eine Illusion, der die Politiker in Berlin und Brüssel nachhängen.

E-Mobilität wird zum Wahnsinn

Wenn eine Batterie mit „klimaschädlichem“ Kohlestrom hergestellt und das zugehörige Auto dann ebenfalls mit Kohlestrom aufgeladen werde, dann „wird E-Mobilität wirklich zum Wahnsinn“, zeigte der VW-Chef die Schizophrenie in Sachen E-Mobilität und

Energiewende in Deutschland auf.

Diess rechnete vor, dass die CO₂-Vorgaben nur zu schaffen seien, wenn in zwölf Jahren 30 bis 40 Prozent aller Neuwagen rein elektrisch fahren. Eine Utopie, nachdem die Bundesregierung nicht nur wegen der fehlenden Infrastruktur ihr Ziel, bis 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen zu bringen, bereits aufgeben musste.

Dafür werde den Dieselaufbauten aufgrund nicht gesetzeskonform aufgestellter Mess-Stationen der Garaus gemacht, einer Antriebstechnologie, in der die deutsche Industrie bisher führend war.

Unbedachte Folgen

Diese Worte müssten in den betroffenen Städten und Bundesländern die Alarmglocken läuten lassen, drohen ihnen doch wegen des Diesel-Prügelns Mindereinnahmen in Millionenhöhe bei der Gewerbesteuer.

Und es könnte noch schlimmer kommen, warnte der VW-Chef die Länder- und Kommunalpolitiker: „Wir alle sind es gewohnt, dass wir blühende Industriemetropolen rund um die zentralen Autofabriken und ihrer Zulieferer haben. Orte, an denen die Menschen gerne leben und arbeiten. Aber das ist nicht für die Ewigkeit garantiert!“

KURZ UND BÜNDIG



Brüssel lässt marschieren

Die meisten Medien haben von den Hunderttausenden geschwärmt, die in London für eine zweite Brexit-Abstimmung marschiert sind. Nur wenige haben aufgezeigt, dass alleine die Facebook-Kampagne dafür angeblich 250.000 Euro gekostet haben soll. Aber keiner erwähnte, dass mehrere Organisationen, die den Marsch in London organisiert haben, bei der EU auf der Gehaltsliste stehen. Etwa die „European Alternatives“, die jährlich 300.000 Euro aus Brüssel erhalten, oder das „European Movement“ mit 350.000 Euro. Die EU-Kommission bezahlt also Organisationen, die die Interessen der EU-Kommission in den Mitgliedsstaaten durchsetzen sollen.

Teure EU-Regulierung

Dem EU-Parlament gelang es zwar, die Trinkwasserrichtlinie der EU-Kommission zu entschärfen. Dennoch befürchtet der freiheitliche EU-Abgeordnete Franz Obermayr (Bild) erhebliche Mehrkosten: „Vor allem für die kleineren österreichischen Wasserversorger wäre dies eine existenzielle Belastung geworden. Dahingehend konnten wir die Richtlinie aber entschärfen. Kleinere und mittlere Wasserversorger werden daher nicht zu ständigen und kostenintensiven Kontrollen verpflichtet.“ Für die Freiheitlichen waren die Hürden in der Richtlinie noch immer zu hoch, weshalb sie gegen die Vorlage stimmten.



Brüssel finanziert den Terror gegen Israel

Terroranschläge zahlen sich für Attentäter und deren Familien aus. Zumindest dann, wenn der Täter ein Palästinenser ist und einen Israeli attackiert oder ermordet. Dann springt nämlich die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) ein und leistet umfangreiche Finanzhilfen an Attentäter, die in Israel in Haft sitzen, oder an die Hinterbliebenen eines getöteten „Märtyrers“. Die Tat muss im Zusammenhang mit dem „Kampf gegen die israelische Besatzung“ stehen.

Ein verheirateter „Märtyrer“, der Mitglied in der Hamas war und zwei Kinder hat, bringt der Familie 342 Euro monatlich ein. Dazu kommt laut palästinensischen Medienberichten, auf die sich das die Studie erstellende Mideast Freedom Forum Berlin (MFFB) beruft, unmittelbar nach dem Tod eine Prämie von 1.414 Euro.

Stirbt der „Märtyrer“ im Zuge seiner Aktion, erhält die Familie eine lebenslange Pension. War er gar Mitglied in einer militäri-

schen oder politischen Organisation gewesen, gibt es das Doppelte. Im Jahr 2017 schüttete die PA insgesamt 291,6 Millionen Euro an „Märtyrer“ und deren Familien aus.

Finanziert wird das auch über ein Hilfsprogramm der EU, eigentlich für Gehälter und Pensionen der PA-Angestellten vorgesehen: 2014 bis 2017 waren dies 452 Millionen Euro. Schon 2013 kritisierte der EU-Rechnungshof, dass Gelder an nicht zahlungsberechtigte Personen gezahlt worden seien.



„Märtyrerrente“ mit EU-Geld?

en die existenzbedrohende Drangsalie-
sozialen und wirtschaftlichen Folgen.

TERMINE

NOVEMBER 6
Bezirksteilstamm-
tisch Stadlau

Die FPÖ Donaustadt lädt am Dienstag, dem 6. November 2018, zu ihrem Bezirksteilstammtisch Stadlau ins Gasthaus Selitsch (Konstanziagasse 17, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

NOVEMBER 7
Bezirksteilstamm-
tisch Kaisermühlen

Die FPÖ Donaustadt lädt am Mittwoch, dem 7. November 2018, zu ihrem Bezirksteilstammtisch Kaisermühlen ins Gasthaus „Vorstadtwirt“ (Schüttaustraße 64, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

NOVEMBER 7
Stammtisch der
FPÖ Simmering

Die FPÖ Simmering lädt am Mittwoch, dem 7. November 2018, zu ihrem Stammtisch ins Gasthaus „Auszeitstüberl“ (Grillgasse 20, 1110 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

NOVEMBER 8
Seniorenstamm-
tisch Meidling

Die FPÖ Meidling lädt am Donnerstag, dem 8. November 2018, zu ihrem Seniorenstammtisch ins Restaurant „Bierstöckl“ auf dem Areal des Schlosses Hetzendorf (Hetzendorferstraße 79, 1120 Wien) ein. Beginn: 15.00 Uhr.

NOVEMBER 8
Sprechstunde im
„Blauen Bus“

Die FPÖ Favoriten lädt am Donnerstag, dem 8. November 2018, zur Sprechstunde mit Abgeordneten und Bezirksfunktionären im „Blauen Bus“ am Monte Laa (Laaerbergstrasse 43 – beim Poor Haus, 1100 Wien) ein. Beginn: 17.00 Uhr.

NOVEMBER 8
Bezirksteilstamm-
tisch Hirschstetten

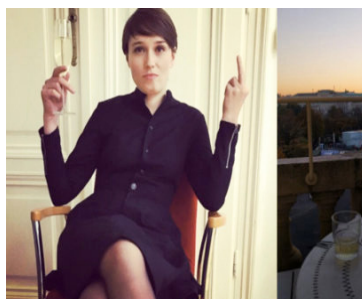
Die freiheitliche Bezirksgruppe Donaustadt lädt am Donnerstag, dem 8. November 2018, zu ihrem Bezirksteilstammtisch Hirschstetten ins Gasthaus „Goldener Hirsch“ (Hirschstettner Straße 83, 1220 Wien). Beginn: 19.00 Uhr.

LESER AM WORT

**Roter Nepotismus**

Die vererbte Schwachköpfigkeit von Söhnmännern berüchtigter SPÖ-Politiker, die mit ihrer Wirrköpfigkeit Nationalsozialismus von Wohlstandsleben nicht auseinanderhalten können und eigentlich hartnäckig umgekehrte Wiederbetätigung betreiben, ist ein Skandal. Wenn besagte Väter diese auch noch verteidigen und vergolden und nach Brüssel schicken wollen und dann ausfallend werden, wenn man ihnen Nepotismus vorwirft. Da zeigt sich das ungehinderte, hemmungslose linke Wüten in den Klassenzimmern, wo man mit Hirnwäsche die Dummsten der Gesellschaft radikalisiert hat, die weder Lebensrealität noch Geschichte realistisch verarbeiten können.

Armin Schütz, Wien

**Wie man in den Wald...**

Zahlreiche Journalisten empören sich über das erstinstanzliche Urteil gegen die frühere Grün-Abgeordnete Sigrid Maurer. Die ihr

gesendete Nachricht war wirklich letztklassig – Frau Maurer konnte aber nicht beweisen, wer der Absender war. Dabei sollte aber nicht vergessen werden: Frau Maurer war auch nicht gerade zimperlich, als sie mit ihren Grünen aus dem Nationalrat geflogen ist. Erinnern wir uns an ihr Posting im Internet, mit Sektglas und ausgestrecktem Mittelfinger. Wie eine Grüne in den Wald hineinruft...

Erich Pitak, Wien

Stadtseilbahn

Mit der Seilbahn-Idee beweist die Linzer Stadtpolitik strategisch wichtige „Luftüberlegenheit“: Während andere darüber streiten, ob Radler, Autos oder Öffis am Boden „Nachrang“ haben sollen, wird auf diese Weise allen geholfen. Ein starkes Industrieland wie Oberösterreich würde damit nicht zuletzt ein symbolisches Zeichen setzen, das indirekt auch einen wirtschaftlichen Gegenwert hat. Bitte sofort umsetzen!

Martina Halbig, Linz

Das Ende Europas

Am 11. Dezember soll in Marrakesch der Migrationspakt des UNHCR verabschiedet werden. Das Fatale: Alle Missstände der bisherigen Migrationspolitik sind dann zementiert. Ohne jegliche demokratische Legitimation haben künf-

tig weder Parlament noch Stimmbevölkerung dazu etwas zu sagen. Was von Kultur, Wirtschaftskraft und Lebensstandard Europas am Ende seiner „Renaturierung“ übrigbleiben wird, ist kaum abzusehen – auch nicht, was von der weißen Bevölkerung noch vorhanden sein wird einschließlich deren Moral- und Sittenkodex, der über zwei Jahrtausende vom christlich-jüdischen Erbe geprägt worden ist. Am 11. Dezember will die UNO den Schalter zur Auslöschung des alten Europas umlegen.

Wilfried Suda, Wien

**Auch nur Schlepper**

Wenn angebliche soziale Einrichtungen wie „Ärzte ohne Grenzen“ illegale nach Europa bringen, so ist das genauso Schleppererei. Vor dem Gesetz sind sie genauso zu behandeln wie eine afrikanische Schlepperbande.

Stephan Pestitschek, Strasshof

Leserbriefe: redaktion.nfz@fpoe.at

Neue
Freie
 Zeitung

BESTELLSCHHEIN

Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien
 Tel: 01 512 35 35 – 29, Fax: 01 512 35 35 – 9
 E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Ich bestelle die Wochenzeitung „Neue Freie Zeitung“ zum (zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Halbjahrespreis € 15,- ☐ Jahrespreis € 30,- ☐ Jahrespreis zum Seniorentarif € 20,-
☐ Auslandsjahresbezug € 73,- ☐ Jahrespreis für Studenten € 20,-

Die Bestellung gilt bis auf schriftlichen Widerruf, der entweder per E-Mail oder Postweg erfolgen muss. Die Einzahlung erfolgt mittels Erlagschein, der Ihnen halbjährlich (bei Jahresabo jährlich) zugeschickt wird. Bankverbindung: PSK, IBAN: AT55 6000 0000 0185 5450. Bestellungen auch per E-Mail: jana.feilmayr@fpoe.at

Name: _____ Mitglied in FPÖ-Landesgruppe*: _____
 (Vor- und Zuname, bitte in Blockschrift ausfüllen)

Anschrift: _____
 (Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Türnummer)

Datum: _____ Geburtsdatum: _____ Unterschrift: _____

Bitte geben Sie uns für Rückfragen Ihre E-Mail oder Telefonnummer bekannt**.

* Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Mitglied einer FPÖ-Landesgruppe sind. Wir wollen damit mögliche Doppelzusendungen vermeiden.

** Wir erhalten von der Post in regelmäßigen Abständen Retoursendungen und wollen diese überprüfen. Ihre Daten werden vertraulich behandelt.

WIEN



258 Gewaltdelikte an Wiens Schulen im Vorjahr!

Anzeigenstatistik des Stadtschulrats identifiziert 25 „Brennpunktschulen“

Im Schuljahr 2017/18 gab es laut Bildungsministerium insgesamt 857 Polizeieinsätze wegen Gewalttaten an Österreichs Schulen, in 847 Fällen wurde Anzeige erstattet. Allein in Wien wurden 258 Anzeigen wegen Gewaltdelikten erstattet.

Wiens Schulen geraten nicht aus dem Brennpunkt des öffentlichen Interesses – und Ärgernisses. Vergangene Woche wurde eine Statistik von Polizei und Stadtschulrat über Anzeigen an Schulen veröffentlicht. So gab es im Schuljahr 2017/18 insgesamt 229 Anzeigen wegen Körperverletzung, zwölf Anzeigen wegen Nötigung oder gefährlicher Drohung und 17 Anzeigen wegen sexueller Belästigung. Und das beginnt bereits an



258 Anzeigen und „hohe Dunkelziffer“ zu Gewaltdelikten an Schulen.

den Volksschulen, wo 29 Anzeigen erstattet wurden.

Hohe Dunkelziffer

Die meisten Anzeigen gab es an den Neuen Mittelschulen (138), gemessen an der Schülerzahl in den Zentren für Inklusiv- und Sonder-

pädagogik. Dort erfolgten 30 Anzeigen bei rund 3.000 Schülern.

Und dabei sprechen die Landespolizeidirektion Wien und die Lehrergewerkschaft von einer „relativ geringen“ Zahl an Anzeigen, denn es gebe noch eine „relativ hohe“ Dunkelziffer, also Straftaten, auf denen keine Anzeige bei der Polizei folgte – aus welchen Gründen auch immer.

Die Gewalt an Schulen ist aber nicht gleich verteilt. So hat man im Stadtschulrat 25 „Brennpunktschulen“ ausgemacht, die man sich „näher anschauen“ wolle. Aus „Schutz für die Schulen“ werden diese aber nicht öffentlich gemacht.

Behandelt wurden neben den Anzeigen auch die Zahl der ausgesprochenen Suspendierungen: 2017/18 waren es 278 Fälle, die Mehrheit der Schüler war zwischen zwölf und 15 Jahre alt.

Künftig heißt Suspendierung aber nicht mehr „schulfrei“ für den angezeigten Schüler: Diese Schüler werden verpflichtet, trotz einer Suspendierung Lernnachweise zu erbringen und sich Lehrstoff in der Schule abzuholen.

Zudem sollen speziell geschulte Polizisten auf Antrag der Schule mit den „Tätern“ Gespräche über Konsequenzen etwaiger Anzeigen oder Vorstrafen führen.

WIENER SPAZIERGÄNGE

von Hannes Wolff



„Zwischen Simmering und Favoriten liegt a Mistgruabn in der Mittn...“

Ich zitiere schon wieder die Maria von Schmedes, Pardon, es passt halt grad so. Diese Mistgruabn gibt's nicht mehr, heutzutage baut ja die Gemeinde auf allen möglichen Mistgruben, aber das, was mit der Gruabn gemeint ist, ist allemal noch vorhanden.

ORF – nicht wie wir

Der Vizekanzler gehört also „gelücht“.

Auch wenn Kaisers „Nazion“ und der „scheiß Innenminister“ vieles in den Schatten stellen, ist ersteres ja auch kein Lercherlschaas.

„Gelücht“ stand also auf der U-Bahn-Station. Wegen der Rechtschreibung tu ich mir nix an, ich denk mir nur: Stünde da statt „Strache“ etwa „Ludwig“, wär' der Bär los. „Lynchen“ – ich hab nachgeschaut – heißt „töten, misshandeln“.

Auch die „Clodia Rätara“, was die selbstgewählte Aussprache der Claudia Reiterer ist, hat drüber kein Wort verloren. Sie hat in ihren „Talk“-Sendungen mehr damit zu tun, blauen Diskutanten ins Wort zu fallen.

Auch keine ZIB mit dem schmucken, mittlerweile gelöschten Anspruch.

Wollte man die intelligente Aufschrift sehen, musste man schon selber hingehen.

Na ja, die ORF-Fernsehleut wollen halt, dass wir ein bisschen an die Luft kommen.

DER POLITISCHE ISLAM UND SEINE GEFAHREN FÜR EUROPA

Begrüßung:
Stadtrat Maximilian Krauss
Geschäftsführer der Freiheitlichen Akademie Wien

Impulsreferat:
Vizekanzler Heinz-Christian Strache
Bundesparteiobmann der FPÖ

Vortrag:
Seyran Ates
Rechtsanwältin und Autorin,
Expertin im Kampf gegen religions- und
traditionsbedingten Gewalt an Frauen und Kindern

Schlusswort:
Johann Herzog
Präsident der Freiheitlichen Akademie Wien



DATUM: DIENSTAG, 13. NOVEMBER 2018
BEGINN: 19:00 UHR (EINLASS 18:00 UHR)
ADRESSE: KURSALON HÜBNER
JOHANNESGASSE 33, 1010 WIEN

Anmeldung erbeten: akademie-wien@fpoe.at oder
unter der für diese Veranstaltung eingerichteten Anmeldehotline: 01/405-75-71/74 (10:00-14:00 Uhr)

Nach der Veranstaltung laden wir zu Erfrischungsgetränken.

ACHTUNG:

Aufgrund der begrenzten Platzanzahl ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich

Mit der Anmeldung zu der Veranstaltung erkläre ich meine ausdrückliche Zustimmung, dass Foto- und Videomaterial, auf dem ich abgebildet bin, zur Presseberichterstattung verwendet und in verschiedenen Sozialen Medien, Publikationen und auf Webseiten veröffentlicht werden kann. Weitere Informationen zum Thema Datenschutz und Ihre Rechte finden Sie unter: www.fbi-politikschule.at/datenschutz und <http://www.akademiewien.at/datenschutz>



VORARLBERG **Schweigen im Land**

Die Versorgung mit Baurohstoffen gewinnt an Bedeutung. Der in Hohenems-Unterklien betriebene Steinbruch ist die einzige Gewinnungsstätte für Baurohstoffe im Bezirk Dornbirn. „Da in fünf bis sechs Jahren das bewilligte Abbauvolumen erschöpft sein wird, präsentierte die Betreiberfirma im Sommer Pläne zur Erweiterung“, erinnerte der FPÖ-Landtagsabgeordnete Hubert Kinz. Dieses Projekt tangiere Anrainer, Naturschutz sowie Trinkwasserquellen. Aber bis dato gebe es keine Stellungnahme der Landesregierung dazu.

SALZBURG **Bürgermeisterkandidat**

Die FPÖ nominierte für die Bürgermeisterwahl am 10. März 2019 in der zweitgrößten Stadt des Landes, Hallein, den gelernten Betriebstechniker und Werkmeister Peter Mitterlechner. „Ein Kandidat mit Verstand und vor allem aber mit sozialem Weitblick“, lobte Landesparteiobfrau Marlene Svazek den FPÖ-Kandidaten.



P. Mitterlechner

BURGENLAND **Beste Tourismuspolitik**

Auf die Kritik der ÖVP-Burgenland, wonach es in der Tourismuspolitik des Landes „einfach keine Substanz“ gebe, so deren Landesobmann Thomas Steiner, reagierte der freiheitliche Klubobmann Géza Molnár mit deutlichen Worten: „Die rot-blaue Landesregierung und unser Landesrat Alexander Petschnig können Jahr für Jahr mit neuen Rekordwerten aufwarten. Unter Zuständigkeit der ÖVP waren die Zahlen, die wir seit 2015 vorweisen, absolut undenkbar. Bevor Steiner die Tourismuspolitik des Landes schlechtredet, sollte er sich lieber Gedanken über das Nächtigungsminus in seinem Eisenstadt machen.“ Mit exakt 3.092.657 Übernachtungen wurde im Vorjahr das bisher historisch beste Ergebnis des Jahres 2016 erneut übertroffen, und 2018 sehe hervorragend aus, betonte Molnár.

Schadholz-Importe aus Tschechien sofort stoppen!

Freiheitliche wollen Einschleppung eines neuen Schädlings verhindern

Nach Bayern wurde durch Schadholzimporte aus Tschechien der Nordische Fichtenborkenkäfer eingeschleppt. Die FPÖ fordert daher ein Importverbot.

Der niederösterreichische Landtagsabgeordnete Reinhard Teufel schlägt Alarm: Heimischen Waldbauern könnte durch Billigimporte von tschechischem Schadholz ein weiterer Schädling für ihre Wälder untergejubelt werden.

Importstopp als Schutzmaßnahme

„Bei dem nach Bayern importierten Schädling handelt es sich um den Nordische Fichtenborkenkäfer (*Ips duplicatus*), der vorwiegend die Kronen der Fichten befällt und nur schwer zu identifizieren ist“, erklärt Teufel. Daher fordern Niederösterreichs Freiheitliche zum Schutz der heimischen Wälder den sofortigen Stopp von Schadholzimporten aus Tschechien.

NIEDERÖSTERREICH 

Windbruch und Borkenkäferbefall im Bayerischen Wald.

„Der extrem heiße, trockene Sommer und die zahlreichen Sturmschäden haben bereits drei Käfergenerationen und damit den Verfall des Holzpreises und die Vernichtung ganzer Wälder bewirkt“, zeigte Teufel auf. Der weitere Im-

port von befallenem Schadholz aus Tschechien würde zum wirtschaftlichen Untergang vieler heimischer Forstwirte führen. In Tschechien selbst hat der Nordische Fichtenborkenkäfer zur Entwaldung ganzer Landstriche geführt.

OBERÖSTERREICH

Mehr Fachärzte am Land

Mit der Zusammenlegung der Krankenkassen hat die Bundesregierung einen ersten Schritt einer längst überfälligen Gesundheitsreform gemacht. Nun fordert Oberösterreichs FPÖ-Landesparteiobmann und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner als nächsten Schritt

mehr Fachärzte am Land: „Die Gesundheitsreform soll dazu genutzt werden, die dezentrale Versorgung mit Fachärzten zu stärken.“

Konkret sollen die Ärztekammer und die Gebietskrankenkasse Vorschläge ausarbeiten und die nicht gebundenen Rücklagen in Höhe von rund 250 Millionen Euro verwenden, um die Facharzt-Kassenverträge am Land auszubauen. „Gemeinsames Ziel muss eine bessere Gesundheitsversorgung in Oberösterreich sein“, betonte Haimbuchner.

Die Rücklagen der oberösterreichischen Gebietskrankenkasse sind deshalb so hoch, weil – im Vergleich zu anderen Bundesländern – viel mehr in den Spitälern als im niedergelassenen Bereich behandelt wird. Die Kosten der Spitäler werden zum Großteil vom Land getragen. Auch der Anteil der Wahlärzte im Fachärztebereich ist in Oberösterreich wesentlich höher als im Bundesländervergleich.



Haimbuchner: „Brauchen mehr Fachärzte im ländlichen Raum!“

TIROL 

Die „geplante“ Kostenexplosion

Der Rohbericht des Landesrechnungshofes zur Sportförderung beweist für FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger, dass das Land leichtfertig mit Steuergeldern umgeht: „Bei vielen Projekten wird die Kostenwahrheit nicht eingehalten, Gebietskörperschaften verschweigen bei Projekten zu Beginn die wahren Kosten, um in den Gremien eine Mehrheit zu finden.“ Der Neubau des MCI in Innsbruck reihte sich neben der Regionalbahn Innsbruck und dem Neubau der Patscherkofelbahn in eine Reihe der Großprojekte, bei denen die Projektkosten explodiert seien.

STEIERMARK



BEZIRKSHAUPTMANNSCHAFT UND



Foto: BH Hartberg-Fürstenfeld

Viel Engagement der Mitarbeiter, aber keine budgetären Einsparungen erbrachte die Zusammenlegung der Bezirkshauptmannschaften Hartberg und Fürstenfeld, bemerkte der Landesrechnungshof.

Zentralisierungspolitik brachte dem Land nichts!

Einsparungen bei Bezirkshauptmannschafts-Fusionen nicht erkennbar

Im Jahr 2013 wurden in der Steiermark Bezirkshauptmannschaften zusammengelegt. Laut Landesrechnungshof völlig wirkungslos für das Budget.

So beurteilt das Prüfgorgan die Zusammenführung von Hartberg und Fürstenfeld zu einer gemeinsamen Bezirkshauptmannschaft äusserst kritisch: Die erwarteten Synergieeffekte und somit eine dauerhafte budgetäre Entlastung konnten weder beim Sachaufwand noch bei der Personalausstattung erreicht werden. „Die Feststellungen des Landesrechnungshofes

lassen befürchten, dass diese Erkenntnis auch auf die Zusammenlegungen der nunmehrigen Bezirke Bruck-Mürzzuschlag, Südoststeiermark und Murtal zutrifft“, erklärte dazu FPÖ-Klubobmann Stefan Hermann.

FPÖ-Anfrage an „Zentralisierer“

Außer einer zusätzlichen Ausdünnung der ländlichen Regionen habe die Zentralisierungspolitik von SPÖ und ÖVP nichts gebracht, kritisierte Hermann: „Anhand einer Anfrage werden wir die Auswirkungen der weiteren BH-Fusionen genau beleuchten und die fehlge-

leiteten Reformen der gescheiterten ‚Reformpartnerschaft‘ schonungslos aufzeigen.

Die beiden zuständigen Landesregierungsmitglieder, ÖVP-Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und ÖVP-Landesrat Christopher Drexler, sollen dem Landtag darüber Auskunft geben, welche Einsparungen durch die anderen Zusammenführungen im Hinblick auf den Sach- und Personalaufwand erzielt wurden. „Vielleicht können wir auf diese Weise der unreflektierten rot-schwarzen Zentralisierungswut ein Ende setzen“, argumentierte Hermann.

Söder lässt Platter abblitzen

Die jüngsten Aussagen über die bayerischen Zulaufstrecken für den Brennerbasistunnel des bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder lassen nichts Gutes erahnen, will er doch jetzt nichts von deren Ausbau wissen.

„Seit Monaten fordere ich im Tiroler Landtag ein ‚Worst-Case‘-Szenario, wenn die Zulaufstrecken zum Brennerbasistunnel nicht gebaut werden. ÖVP-Landeshauptmann Günter Platter hat bisher immer die Augen vor diesem Supergau in der Verkehrs- und

Verlagerungspolitik von der Straße auf die Schiene verschlossen – während Söder jetzt die Funktionsfähigkeit des BBT in Frage stellt“, kritisierte die freiheitliche Verkehrssprecherin Evelyn Achthorner den utopischen Optimismus von Platter.

Die Tiroler Landesregierung müsse endlich machbare Lösungen in der Transitfrage präsentieren und der Bevölkerung die Wahrheit sagen, statt die Grünen mit ihrer chaotischen Politik fuhrwerken zu lassen, forderte Achthorner.

TIROL



Achthorner: „Platter soll machbare Transitlösung vorlegen.“

Foto: FPÖ Steiermark



LÄNDERSACHE

Stefan Hermann

FPÖ-Klubobmann Steiermark

Viele steirische Regionen haben mit der Abwanderung der Bevölkerung in die Ballungszentren zu kämpfen. Ein Hauptgrund: das schlechte Infrastrukturangebot.

Bereits in der letzten Legislaturperiode haben SPÖ und ÖVP begonnen, in den peripher gelegenen Gebieten Infrastruktureinrichtungen zu schließen. Diese Politik wurde auch in den letzten Jahren konsequent fortgesetzt. So fielen Krankenhäuser, Schulen, Gemeindeämter und Bezirksverwaltungsbehörden den vermeintlichen Reformbestrebungen zum Opfer.

Falsche „Reformen“

Auch wollen ÖVP und SPÖ unbedingt alle 17 Landesabteilungen in der Landeshauptstadt Graz halten.

Es ist äußerst bedauerlich, dass die schwarz-rote Landesregierung nicht dazu bereit ist, Einrichtungen des Landes in die Regionen zu verlegen. Dies zeugt abermals vom fehlenden Reformwillen der selbsternannten „Zukunftspartnerschaft“.

Die Freiheitlichen wollen in der Regionenpolitik einen völlig anderen Weg gehen. Anstatt jene Bezirke, die ohnehin schon von starken Abwanderungstendenzen betroffen sind, weiter zu schwächen, ist es unser politischer Ansatz, öffentliche Institutionen ebendort anzusiedeln.

Um der Abwanderung aus dem ländlichen Raum nachhaltig entgegenwirken zu können, bedarf es einer verstärkten Investition in diese peripheren Gebiete.

Insbesondere die öffentliche Hand ist gefordert, mit gutem Beispiel voran zu gehen und Arbeitsplätze wieder zurück in die Regionen zu bringen.

Foto: FPÖ Tirol

GEZWITSCHER

**Josef Weidenholzer**

@Weidenholzer



Die EU-Kommission hat heute verlautbart: Namen an Klingeln und Postkästen dürfen bleiben. Die #DSVGO verbietet das nicht. ABER woher kommt eigentlich dieses Gerücht?

18.10.18 12:17

Herr SPÖ-Europaabgeordneter, das ist die Interpretation ihrer Wiener Genossen um Migrationsfolgen im Gemeindebau zu vertuschen.

Leopold Stammer

@LeopoldStammer



Selbstverständlich bleibt Saudi-Arabien weiterhin Mitglied des UN-Menschenrechtsrats ... Es wird ja nicht jeden Dienstag ein Regimekritiker zerstückelt..

16.10.18 13:41

...und deshalb untersucht jetzt dieser Rat auch die „Menschenrechtssituation in Österreich“.

WHATSAPP



Gestern fand der bereits dritte Bundesländertag in Wien statt.

👍 Der beste Innenminister

GEFÄLLT MIR

**HC Strache**

23.10.2018

Erschreckende Erkenntnisse. Wir müssen auch weiterhin alles dafür tun, um den Schleppern das Handwerk zu legen und die illegale Migration nach Europa konsequent zu bekämpfen!



KRONEN AT
Migranten aus Afrika: Europa-Garantie für 2000 €!
Der deutsche Bundesnachrichtendienst (BND) schlägt Alarm: Allen...

👍 766 Personen gefällt das.

Mit dem UNO-Migrationspakt wird die Bekämpfung der Schlepperei nicht gelingen.

„Potsdamer Erklärung“: Eine Selbstparodie der Staatssender

ORF und 20 andere „Öffentlich-Rechtliche“ heucheln Demokratie

Die Widrigkeit der „breiten Vielfalt der Meinungen“ wäre eigentlich Aufgabe der Staatssender. Darauf berufen sie sich jetzt wieder einmal.

21 Vertreter europäischer Rundfunkanstalten (darunter ORF, ARD und ZDF) haben vor kurzem die „Potsdamer Erklärung“ als Bekenntnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und „gegen die Spaltung Europas“ unterzeichnet.

Belehrung statt Information

Ein kurzer Ausschnitt aus der Erklärung: „Es war niemals wichtiger (als heute), der Öffentlichkeit die breite Vielfalt der Meinungen und Überzeugungen anzubieten und komplexe Vorgänge aus unterschiedlichen Blickrichtungen ab-



zubilden. Die Nachrichten sollen unparteiisch sein, der Information soll jedermann vertrauen können, Inhalte sollen alle erreichen, alle Auffassungen spiegeln und zwischen den Gesellschaftsgruppen Brücken schlagen (...) Die europäischen Rundfunkorganisationen haben die Verpflichtung, ein öffentliches Forum für grundverschiede-

ne Ansichten zu sein (...) Wir haben gelten zu lassen, dass Überzeugungen voneinander abweichen. Dieser Grundgedanke ist das Herzstück der Demokratie.“

Wer als Gebührenzahler die öffentlich-rechtlichen Belehrungen in Sachen EU, Brexit oder Einwanderung konsumieren durfte, kann darüber nur lachen – oder sich ärgern.

FPÖ IN DEN MEDIEN

Die FPÖ in Salzburg sorgt wieder einmal für Überraschung, zumindest bei den „Salzburger Nachrichten“. Denn bei der Bürgermeisterwahl in Hallein, der zweitgrößten Stadt des Landes tritt nicht Ortsparteiobmann Oliver

Mitterlechner (31) an, sondern dessen Vater Peter Mitterlechner (55). Die langjährige Erfahrung seines Vaters als Betriebsrat in zwei großen Unternehmen war ausschlaggebend für die Kandidatur, so der Sohn und Landesparteioberfrau Marlene Svazek. Der Ortsobmann kandidiert für den Gemeinderat.

Die Zuwanderungsprobleme in Wels, der zweitgrößten

Eltern sammeln Unterschriften für eine katholische Volksschule in Wels



Stadt Oberösterreichs, manifestieren sich auch im Bildungswesen. So sammeln derzeit Eltern

Unterschriften für eine katholische Privatvolksschule. FPÖ-Bürgermeister Andreas Rabl unterstützt die Idee: „Die Ausdehnung des Schulsystems ist wünschenswert, mehr Vielfalt tut gut.“

Das neue Magazin

Dank der Regierung: Endlich mehr Geld für unsere Familien!

Lisa Gubik
Christian Schuch

- Kompakt und topaktuell informiert
- In regelmäßigen Abständen
- Ideal am Handy abrufbar (Hochformat)

Bleib informiert auf /fpoe

Volkstheater „draußen“: Fünf Sterne für ein Sternderl

1914 war Karl Schönherrs „Der Weibsteufel“ noch unsittlich

Kein einziges Versatzstück ist zu sehen. Die Bühne – diesmal jene der Volkshochschule Erlaa – hat außer der Öffnung zum Publikum drei Wände aus Vorhang.

Zunächst ist da „das Weib“, und wie man draufkommt, haben auch die zwei männlichen Darsteller keine echten Namen. Einer ist „der Mann“, einer „der Jäger“.

Das Weib singt zunächst einen gut vertonten Text mit einer das ganze Stück beherrschenden Aussprache, an die man sich langsam gewöhnt. Ein dem Autor Karl Schönherr folgender Kunstdialekt, dem Tirolerischen angenähert, durch den einem die Überhöhung der Handlung klar wird. Obwohl diese eine sehr handfeste ist.

Da sind dann ja doch Versatzstücke zu sehen. Ein paar Kübel hängen ganz oben, der Mann kontrolliert sie. Das Weib und der Mann ziehen sie mit Stangen herunter, der Mann schaut genau hinein und beurteilt sie sodann jeweils, indem er zufrieden nur ein Wort sagt: „Passt.“

Betrug in jeder Weise

Der bescheidene Dialog zwischen dem Mann und dem Weib klärt bald auf, was da vor sich geht. Er ist ein Schmuggler, wenngleich schon ein wenig bejahrt. Ziel seiner Tätigkeit ist es, durch das verbotene Tun zu einem Haus am Marktplatz im Dorf zu gelangen, der Einsiedelei, in der er lebt, schlau zu entkommen und es denen „da unten“ schon zu zeigen.

Das Weib hingegen ist jung. Und so kommt es seitens des Mannes zur Idee, den neuen Grenzjäger mittels seines Weibes zu ungesetzlichem Wegschauen zu bewegen.

Dreifrontenkrieg

Zunächst widersetzt sich das Weib, ist aber leicht umzustimmen und tut, was der Mann von ihr verlangt. Und aus dem Schein-Techtelmechtel wird, sowohl vom Weib als auch vom Jäger her, ein echtes Liebesabenteuer.

Die Leistung Lukas Holzhausens als „Mann“ steckt vor allem in der Glaubwürdigkeit, mit der er den



Katrin Grumeth als leibhaftiger „Weibsteufel“ in der Hauptrolle.

Mann als offenbar hilfloses Männchen darstellt.

Christian Clauß, im Gegensatz der junge, kraftstrotzende Grenzjäger, zeigt wunderbar das Schwanken des körperlich starken Burschen zwischen Brutalität, dem Ehrgeiz, durch einen Beweis der Schmuggeltätigkeit des Mannes ein „Sternderl“ auf seinem Kragen zu erwerben, und Hingabe an das immer rätselhafter werdende Weib.

Großartig Katrin Grumeth als „Weib“, launenhaft oder scheinbar launenhaft, verliebt oder ablehnend, leidenschaftlich oder kaltblütig. Ein leibhaftiger Teufel, fast zwei Stunden lang ohne Unterbrechung.

Allen dreien und der Regie von Christian Rast je fünf glänzende Sterne.

Dem Volkstheater „draußen“ fünf Extra-„Passt“. *Herbert Pirker*

WSR
WIENER SENIORENRING
BRIGITTENAU

Die Brigittener-Senioren des WSR laden ein zum Stammtisch im Restaurant Styria, 1200 Wien, Rauscherstraße 5

am 7. November 2018 um 16 h.

Als Gast dürfen wir unseren **Stadtrat Maximilian Krauss** begrüßen.



Auf einen interessanten Nachmittag freut sich Eure

Karin Lenz
Bez. Rat
Senioren-Stammtischleitung
0676 9782621
karin.lenz1200@gmail.com



FPÖ
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI
BEZIRKSGRUPPE FAVORITEN



Foto Kitzmüller: © Parlamentsdirektion / Zinner

Mittwoch

07.

November

18:30 Uhr

**Rothneusiedler
Ganslessen**

mit der **Dritten Nationalratspräsidentin Anneliese Kitzmüller**
und **Bezirksparteiobmann Stefan Berger**

Gasthaus-Pension Unsinn
(Himbergerstraße 49, 1100 Wien)

**10 Euro
inkl. Gansl**

Karten nur im Vorverkauf bis spätestens 31. Oktober 2018
unter favoriten@fpoe-wien.at oder 01/ 602 4605 erhältlich.



Das Freiheitliche Bildungsinstitut,
die FPÖ und der Freiheitliche Parlamentsklub
laden zum Symposium und Festakt

1918 ■ 2018

100 JAHRE REPUBLIK ■ FPÖ IN DER REGIERUNG

Montag, 5. November 2018 • Beginn: 18.30 Uhr

Palais Ferstel • Großer Festelsaal
Strauchgasse 4 • 1010 Wien

Begrüßung

KO LPO Dr. Walter Rosenkranz

Festredner

VK BPO Heinz-Christian Strache
BM Herbert Kickl

Im Interview

BM Mag. Beate Hartinger
BM Mario Kunasek
BM Dr. Karin Kneissl
StS. MMag. DDr. Hubert Fuchs

Österreichs Freiheitliche und ihre Republik

Als stärkste Fraktion in der Provisorischen Nationalversammlung haben die Nationalliberalen wesentlich an der Gründung des Staates mitgewirkt. Nicht zufällig war es Franz Dinghofer, der die Republik am 12. November 1918 von der Rampe des Parlaments ausrief.

Heute, 100 Jahre später, stehen die Freiheitlichen zum wiederholten Male in der Regierungsverantwortung für die Geschicke unserer Heimat.

Um eine dem feierlichen Anlass gemäße
Kleidung wird gebeten.

Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist
eine Anmeldung unbedingt erforderlich,
richten Sie diese bitte an:
bildungsinstitut@fpoe.at oder
01/512 35 35 – 36.

Wir weisen Sie darauf hin, dass bei dieser Veranstaltung fotografiert und gefilmt wird. Die Aufnahmen werden verarbeitet und im Internet, in sozialen Medien wie z.B. Facebook, und als Live Stream veröffentlicht. Mit der Teilnahme an dieser Veranstaltung nehmen Sie zur Kenntnis und erklären sich damit einverstanden, dass Aufnahmen von Ihnen verarbeitet und veröffentlicht werden.

FBI Freiheitliches
Bildungsinstitut

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

FPÖ FREIHEITLICHER
PARLAMENTSKLUB

Weitere Informationen zum Thema
Datenschutz finden Sie unter:
www.fbi-politikschule.at/datenschutz und
www.fpoe.at/datenschutz